

**Gemeinderat - Ö - vom 06.07.2010**  
**1) TOP Bürger fragen**

---

Keine.

## **2) TOP 10-029/10 Telefonanlage Stadtverwaltung - Ersatzbeschaffung**

---

Hauptamtsleiter Ernst Zimmermann: Im Rahmen der Beratung des Haushaltsplanes 2010 habe der Gemeinderat der Ersatzbeschaffung der Telefonanlage in Form von Leasing zugestimmt. Nach Ablauf der Leasingzeit von 60 Monaten gehe dann die Anlage für 2.500 € in das Eigentum der Stadt über.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

### 3) TOP 10-025/10 Bauverwaltungsamt - Stelle Bauverständiger

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

#### **4.1) TOP 10-032/10 Mensa Fürstenberg-Gymnasium und Erich Kästner-Schule - Neuverpachtung**

---

Hauptamtsleiter Ernst Zimmermann: Der für die Steuerung des Mensabetriebs am Fürstenberg-Gymnasium gebildete Runde Tisch empfehle, die Mensa beim Fürstenberg-Gymnasium dem Bieter 2 zu verpachten. Bei diesem Bieter handle es sich um die Firma „Happy Crazy“ von Roland Gleichauf. Der neue Pächter werde für das Essen folgende Preise verlangen: große Portionen 3,90 €, kleine Portionen 3,00 €

Stadtrat Hall: Der Erfolg der Mensa hänge maßgeblich von der Qualität des Essens ab. Dazu könnten auch die Lehrer einen Beitrag leisten. Diese sollten mit gutem Beispiel voran gehen und ebenfalls in der Mensa essen. Wenn es notwendig sei, müsse sich der Gemeinderat auch Gedanken über eine eventuelle bessere Ausstattung der Mensa an der Eichendorffschule machen.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 6 der Verwaltung wird zugestimmt.

(28 Ja, 5 Enthaltungen)

**5) TOP 20-019/10 Gebührenhaushalte - Festlegung kalkulatorischer Zinssatz 2011  
ff**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## **6) TOP 60-097/10 Kindertagesstätte Wunderfitz / Erweiterung - Innenausbau 5. Gruppe und aktuelle Kostenübersicht**

---

Oberbürgermeister Frei führt ergänzend zur Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die GUB-Fraktion unterstütze dieses Vorgehen und werde den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zustimmen.

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Karrer) Es sei nicht geplant, schon ab Januar 2011 mit fünf Gruppen in der Kindertagesstätte Wunderfitz zu arbeiten.

Stadtrat Hall: Auch die CDU-Fraktion stimme den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zu.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## **7) TOP 60-095/10 Fußgängerzone / Antrag GUB**

---

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Das Anliegen der GUB-Fraktion sei, die Attraktivität der Innenstadt zu steigern sowie möglichst bald die Planung für die Umgestaltung des Bereichs „An der Stadtkirche“ umzusetzen. Dafür müsse der Autoverkehr in der Karlstraße reduziert werden. Die Öffnung des Rathausplatzes habe zusätzlichen Durchgangsverkehr in die Karlstraße bewirkt. Jetzt sei die Situation so, dass es für Fußgänger sehr schwer sei, die Straße zu überqueren. Durch den starken Durchgangsverkehr leide auch die Aufenthaltsqualität. Der GUB gehe es nicht darum, jetzt gegen Interessen des Einzelhandels eine Fußgängerzone in der Karlstraße durchzusetzen. Es sollte vielmehr im Rahmen eines neuen Verkehrskonzepts geprüft werden, was machbar und möglich sei. Deshalb schlage die GUB vor, dass die Stadt im Rahmen eines jetzt in Auftrag zu gebenden Verkehrskonzepts Vorschläge zur Verkehrsberuhigung erarbeiten und die Möglichkeiten zur Einrichtung einer Fußgängerzone prüfen zu lassen. Es werde nicht die Notwendigkeit gesehen, die komplette Karlstraße in eine Fußgängerzone umzuwandeln. Denkbar sei eine solche aber im Bereich des Platzes am Hanselbrunnen zwischen der Schulstraße und der Max-Egon-Straße oder von der Max-Egon-Straße bis zum Rathausplatz. Ziel der gemachten Vorschläge sei es, die Innenstadt attraktiver zu gestalten und den Einzelhandel zu stärken.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Die Verkehrssituation in der Innenstadt, insbesondere in der Karlstraße werde schon jahrelang diskutiert. Alle Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Verkehrssituation führen sollten, seien bisher vergebens gewesen. Die FDP/FW-Fraktion habe schon in der Vergangenheit vorgeschlagen, die Max-Egon-Straße zu drehen und dann ab der Max-Egon-Straße bis einschließlich des Rathausplatzes eine Fußgängerzone einzurichten. Wenn es jetzt eine solche Lösung geben könnte, müsse für die wegfallenden Parkplätze an anderer Stelle Ersatz geschaffen werden. Der Erstellung eines neuen Verkehrskonzepts werde die FDP/FW-Fraktion zustimmen.

Stadtrat Karrer: Die SPD-Fraktion begrüße den Vorschlag der GUB-Fraktion und werde diesem mit der Ergänzung zustimmen, dass die Fahrspur am Rathaus II Richtung Mühlenstraße / Käferstraße wieder geschlossen werde. Diese Maßnahme habe die Verkehrssituation in der Karlstraße verschlechtert. Bei der Einrichtung einer Fußgängerzone müssten andernorts Parkplätze geschaffen werden. Er sehe die Möglichkeit, im Bereich der Lehenstraße ein Parkhaus zu errichten.

Stadtrat Hall: Der Gemeinderat müsse die Entscheidung für eine Fußgängerzone in der Karlstraße treffen, bevor ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben werde. Dabei sei zu klären, in welchen Bereichen eine Fußgängerzone auch Sinn mache. Eine komplette Umwandlung der Karlstraße in eine Fußgängerzone sehe er kritisch. Sollte sich der Gemeinderat für eine Fußgängerzone entscheiden, müssten neue Parkmöglichkeiten in Form eines Parkhauses geschaffen werden. Für eine solche Maßnahme würden in den nächsten Jahren Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen. Für denkbar halte er es aber, jeweils an den Sonntagen zwischen der Linde und der Werderstraße eine Fußgängerzone auszuweisen. Er sehe auch die Notwendigkeit, Lieferverkehr in der Karlstraße nur bis 11.00 Uhr zuzulassen.

Stadtrat Blaurock: Zu berücksichtigen seien die Bedürfnisse der Menschen, die in der Innenstadt leben. Es dürften aber auch die berechtigten Interessen des Einzelhandels nicht außer Acht gelassen werden. Wie die Fahrtrichtungen in den Einbahnstraßen festgelegt werden sollen, sei im Rahmen des Verkehrsgutachtens zu prüfen. Im Gutachten müssten auch Vorschläge zur Lösung des Parkplatzproblems gemacht werden. Zu den Abschnitten einer möglichen Fußgängerzone sollte der Gemeinderat dem Verkehrsplaner aber keine Vorgaben machen. Dieser sollte vielmehr kreative Vorschläge ausarbeiten.

Stadtrat Fischer: Es komme alle zwei Jahre eine Diskussion zu einer möglichen Fußgängerzone in der Innenstadt auf. Verkehrsplaner Dr. Koehler habe 2007 bei Planungen für den Innenstadtbereich festgestellt, dass Fußgängerzonen erst in Städten ab 40.000 Einwohner sinnvoll seien. Mit dem Konzept der kostenlosen Parkplätze und guten Erreichbarkeit der Geschäfte und Arztpraxen habe der Einzelhandel Erfolg. Dies werde auch dadurch deutlich, dass bei insgesamt 190 Ladenlokalen nur acht Leerstände zu verzeichnen seien. Die Einrichtung einer Fußgängerzone werde für den Einzelhandel, die Gastronomie und Arztpraxen negative Folgen haben.

Ihn störe die gemachte Aussage, dass in der Karlstraße ein zu hoher Durchgangsverkehr herrsche. Dies sei durch Zahlen nicht belegt. Ohne konkrete Zählungen und Befragungen, wisse niemand, ob die durchfahrenden Fahrzeuge dem Durchgangs- oder Einkaufsverkehr zuzurechnen seien. Aus seiner Sicht sei es notwendig, in der Karlstraße mehr Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen. Nur dadurch werde erreicht, dass die bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkungen tatsächlich auch eingehalten werden.

Stadtrat Roland Erndle: Eine Weiterentwicklung des Verkehrskonzepts halte er für sinnvoll, nicht aber die Einrichtung einer Fußgängerzone. Voraussetzung für eine solche Lösung sei die Bereitstellung von zentrumsnahen Parkgelegenheiten in ausreichender Zahl. Wenn dies nicht möglich sei, könne sich die Stadt das Geld für ein Verkehrsgutachten sparen.

Stadträtin Wesle: Es sei wichtig, dass Autos mit alten Menschen und Menschen mit einem Handicap direkt vor Geschäfte und Arztpraxen fahren und dort auch parken können. Eine Fußgängerzone habe keinen Nutzen, wenn diese nicht belebt sei.

Stadtrat Vetter: Die Sorgen des Einzelhandels seien ernst zu nehmen. Es sei deshalb ein ergebnisoffenes Verkehrsgutachten in Auftrag zu geben. Wenn dieses vorliege, könne auf dessen Grundlage ein Dialog mit dem Einzelhandel entstehen.

Oberbürgermeister Frei: Professionelle Hilfe in Form der Inanspruchnahme eines Verkehrsplaners werde auf jeden Fall notwendig sein. Dieser werde dem Gemeinderat die Entscheidung, ob eine Fußgängerzone eingerichtet werden soll oder nicht, nicht abnehmen. Für ein grundlegendes und brauchbares Gutachten eines wie von der GUB geforderten neuen Büros sei mit Kosten in Höhe von 100.000 bis 120.000 € zu rechnen. Er sei unter den gegebenen Umständen nicht bereit, jetzt eine solche Summe für diesen Zweck auszugeben. Insofern müsse es zunächst zu einer Verengung des Untersuchungsgegenstandes kommen. Herr Erndle habe das Problem schon auf den Punkt gebracht: Eine Fußgängerzone ohne zentrumsnahe Parkmöglichkeiten sei keine sinnvolle Lösung.

Stadtrat Kühn: Die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt sei ein erstrebenswertes Ziel. Ob versucht werden soll, dieses Ziel mit der Einrichtung einer Fußgängerzone zu erreichen, sei jetzt vom Gemeinderat zu entscheiden.

Beschluss:

1. Der Bereitstellung von Finanzmitteln in den Haushalt 2011 für ein Verkehrskonzept mit Vorschlägen zur Verkehrsberuhigung und der möglichen Einrichtung einer Fußgängerzone wird nicht zugestimmt.

(14 Nein, 13 Ja, 6 Enthaltungen)

2. Dem Antrag von Stadtrat Karrer zur Schließung der Fahrspur am Rathaus II Richtung Mühlenstraße / Käferstraße, wird nicht zugestimmt.

(26 Nein, 2 Ja, 5 Enthaltungen)

3. Dem Antrag von Stadtrat Hall zur Einrichtung einer Fußgängerzone zwischen Linde und Werderstraße an Sonntagen wird nicht zugestimmt.

(10 Nein, 9 Ja, 14 Enthaltungen)

4. Der Beauftragung der Verwaltung, die Beschränkungen des Anlieferverkehrs bis 11.00 Uhr zu prüfen und das Ergebnis dem Technischen Ausschuss vorzulegen, wird nicht zugestimmt.

(13 Nein, 13 Ja, 7 Enthaltungen)

**8) TOP 60-090/10 Bebauungsplan Werbeanlagen an übergeordneten,  
innerörtlichen Straßen / Donaueschingen - Satzungsbeschluss**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**9) TOP 60-091/10 Bebauungsplan Werbeanlagen an übergeordneten,  
innerörtlichen Straßen / Pfohren - Satzungsbeschluss**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**10) TOP 60-092/10 Bebauungsplan Werbeanlagen für den Stadtteil Wolterdingen -  
Satzungsbeschluss**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## **11) TOP 60-085/10 Turn- und Bewegungshalle / Antrag Turnverein Donaueschingen**

---

Oberbürgermeister Frei führt ergänzend zur Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Hall: In den nächsten Jahren müsse es gelingen, die gewünschte Turn- und Bewegungshalle in einer bereits vorhandenen städtischen Halle zu realisieren. Bei einer Lösung in dieser Form würden alle Beteiligten profitieren. Bei dieser Annahme gehe er davon aus, dass es dem Turnverein nicht gelinge, die erforderlichen Investitionskosten und zusätzlich auch die nachfolgenden Unterhaltungskosten zu schultern.

Stadtrat Karrer: Er halte den Vorschlag mit der alten Realschulhalle nicht für eine gute Lösung. Die Schule werde auch in der Zukunft drei Hallenteile benötigen. Auch habe der Turnverein die Absicht, die Turn- und Bewegungshalle auch morgens zu nutzen. Der Turnverein werde vermutlich nicht in der Lage sein, eine eigene Halle zu unterhalten. Es sollten deshalb auch die Möglichkeiten einer Kooperation mit den Turnvereinen Hüfingen und Bräunlingen geprüft werden.

Herr Rudolf (Turnverein): Erst wenn die Zustimmung der Stadt zum Projekt des Turnvereins vorliege, könne der Turnverein mit der konkreten Planung und der Sponsorensuche richtig beginnen.

Stadtrat Karrer: Die SPD-Fraktion sehe sich nicht in der Lage, ohne eine genaue Kostenschätzung und ohne konkrete Planung der Realisierung einer Turn- und Bewegungshalle zuzustimmen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt seien und es auch für die Stadt finanziell machbar sei, könne dem Vorhaben des Turnvereins zugestimmt werden.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Es sei zu befürchten, dass sich der Turnverein mit den Investitions- und Folgekosten übernehmen werde und sich damit viele andere Möglichkeiten verbaue. Die Turn- und Bewegungshalle könne nur in einer schon vorhandenen Halle umgesetzt werden. Solange eine solche Lösung vom Turnverein aber abgelehnt werde, empfehle es sich, dass die Verwaltung weder weitere Überlegungen anstelle noch weitere Planungsalternativen aufzeige.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die Turn- und Bewegungshalle könne nur mit vorhanden Ressourcen verwirklicht werden. Synergieeffekte mit der Schule sollten genutzt und auch Kooperationen mit Nachbarstädten in Erwägung gezogen werden.

Oberbürgermeister Frei: Aus den bisherigen Wortmeldungen sei zu erkennen, dass eine Umsetzung der Turn- und Bewegungshalle nur im Bestand für möglich gehalten werde. Die einzige Möglichkeit hierfür biete nur die alte Realschulturnhalle. Für die fehlende Aula der Realschule könnten andere Lösungen gefunden werden; beispielsweise in den neuen Donauhallen.

Frau Heide (Turnverein): Die technischen Voraussetzungen für Wettkämpfe könnten in der Realschulhalle nicht realisiert werden. Der Turnverein spreche sich daher gegen diese Lösung aus. Die Halle müsste in der Länge, Breite und Höhe erweitert werden. Für Umbaumaßnahmen dieser Art wären die Kosten so hoch, dass auch eine neue Halle gebaut werden könnte. Ziel des Turnvereins sei es, sich mit einer eigenen Halle auch ein Zuhause zu schaffen, gewissermaßen ein Vereinsheim, wie es beispielsweise jeder Fußballverein habe und in dem auch die Vereinsbüros untergebracht und die vielen gewonnenen Pokale gezeigt werden könnten.

Herr Lauffer (Rektor der Realschule): Für den Sportunterricht der Realschule würden auch dann drei Halleneinheiten benötigt, wenn die Realschule aufgrund einer geringeren Schülerzahl in den nächsten Jahren vierzünftig werden sollte.

Stadtrat Vetter: Es sei wichtig zu erfahren, was der Turnverein eigentlich wolle - eine Turn- und Bewegungshalle oder eine wettkampftaugliche Halle?

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, mit allen Beteiligten die Realisierung der Turn- und Bewegungshalle in einer bestehenden Halle in die Wege zu leiten.

(25 Ja, 7 Enthaltungen)

## **12) TOP 80-017/10 Sportzentrum Haberfeld - Nutzungsvertrag FV Donaueschingen**

---

Oberbürgermeister Frei: Er nehme diesen Beratungspunkt von der Tagesordnung. Entsprechend den Anregungen in der Fraktionssprechersitzung werde der Vertragsentwurf von der Verwaltung gemeinsam mit den Fraktionssprechern nochmals überarbeitet. Die Beratung und Beschlussfassung könne in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Beschluss: Die Streichung des Beratungspunktes von der Tagesordnung wird zur Kenntnis genommen.

(einstimmig)

### **13) TOP 80-018/10 Kunstrasenplatz DJK Donaueschingen**

---

Oberbürgermeister Frei führt ergänzend zur Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Roland Erndle: In den vorangegangenen Beratungen sei als Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses genannt worden, dass alle anderen Fußballvereine der Stadt den Kunstrasenplatz nutzen können. Nun zeige sich, dass eine solche Lösung wegen der vielen Mannschaften der DJK Donaueschingen gar nicht möglich sei. Damit bringe der Bau des Kunstrasenplatzes bei der DJK für die anderen Vereine nicht die erhofften Vorteile.

Stadtrat Hall: Zwei Kunstrasenplätze seien für eine Vereinslandschaft wie in Donaueschingen nicht zuviel. Wenn die Stadt den Kunstrasenplatz DJK Donaueschingen mit einem größeren Zuschuss mitfinanziere, müsse die Stadt Donaueschingen ein Mitspracherecht bei der Belegung haben. Für den bereits vorhandenen Kunstrasenplatz sei zu gewährleisten, dass dieser in größerem Umfang als bisher auch von anderen Vereinen genutzt werden könne. Ob der Zuschuss in Höhe von 250.000 € schon im kommenden Jahr an die DJK Donaueschingen ausbezahlt werden könne, halte er aber für fraglich. Er sehe die Möglichkeit zur Realisierung frühestens im Jahr 2012.

Stadtrat Wild: Bei dem schon vorhandenen Kunstrasenplatz habe der FV Donaueschingen das Erstnutzungsrecht. Deshalb fehle gerade in den Übergangszeiten ein zweiter Kunstrasenplatz. In diesen Zeiten würden die Rasen- und Hartplätze stark belastet. Dies bedeute für die Vereine finanziell aufwendige Renovierungsmaßnahmen. Der SSC habe in mehreren Jugendmannschaften Spielgemeinschaften mit der DJK. Deshalb werde beispielsweise der SSC sehr stark vom neuen Kunstrasenplatz der DJK profitieren. Auch die Fußballvereine in der Nachbarschaft hätten ihren Nutzen von diesem Platz. Der Gemeinderat sollte dem Vorhaben der DJK grundsätzlich zustimmen. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2011 könne dann entschieden werden, wann dieses Maßnahme realisiert werden könne.

Stadtrat Blaurock: Das Nutzungsrecht für andere Vereine am Kunstrasenplatz des FV müsse verbessert werden. Bei den Vereinen der Stadtteile bestehe kein großes Interesse an der Nutzung des geplanten Platzes. Deshalb stehe er der Realisierung eher zurückhaltend gegenüber. Aus diesem Grund werde er auch nicht für eine Realisierung im Jahr 2011 stimmen.

Stadtrat Karrer: Der Bedarf für einen weiteren Kunstrasenplatz bei der DJK Donaueschingen sei vorhanden. Deshalb gehe es eigentlich nur noch um die Frage, ob der städtische Zuschuss 2011 oder 2012 ausbezahlt werden könne.

Stadtrat Kühn: Der Bedarf an einem weiteren Kunstrasenplatz sei ohne Frage vorhanden. Bei den anderen Vereinen gebe es in den Monaten Februar und März ebenfalls Bedarf für einen Kunstrasenplatz, auch wenn dies teilweise in Abrede gestellt werde.

Stadtrat Roland Erndle: Weil der vorhandene Hartplatz in einen Kunstrasenplatz umgewandelt werden solle, werde für Trainingseinheiten eigentlich keine zusätzliche Kapazität gewonnen. Die vorhandenen Trainingsplätze seien nicht einmal für die eigenen Mannschaften der DJK Donaueschingen ausreichend. Deshalb müsse davon ausgegangen werden, dass der neue Platz für Mannschaften anderer Vereine kaum zur Verfügung stehen werde.

Stadtrat Wild: Kindermannschaften würden im Winter nicht im Freien sondern in den

städtischen Hallen trainieren. Somit seien durchaus freie Kapazitäten für das Training anderer Vereine vorhanden.

Herr Held (DJK Donaueschingen): Die DJK biete anderen Vereinen das Training auf dem Kunstrasenplatz an. Es bestehe zwar keine permanente Nutzungsmöglichkeit, nach Absprache sei dies aber grundsätzlich möglich.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Mittel in Höhe von 250.000 € für den Bau eines Kunstrasenplatzes bei der DJK Donaueschingen im Entwurf des Haushaltsplanes 2011 vorzusehen.
2. Im Rahmen der Beratungen des Haushaltsplans 2011 ist zu entscheiden, ob die Finanzmittel für den möglichen städtischen Zuschuss im Haushaltsplan 2011 oder erst später bereitgestellt werden können.

(einstimmig)

#### **14) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes**

---

Keine.